

Kurswechsel für Deutschland

Göttinger Erklärung

Einstimmiger
Beschluss des
CDU-Bundes-
vorstands
am 11. Januar
2003

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Erstens:

weniger Bürokratie und
Öffnung des Arbeitsmarktes Seite 3

Zweitens:

weniger Steuern, weniger Abgaben,
weniger Staat Seite 4

Drittens:

verlässliche Alterssicherung Seite 5

Viertens:

bezahlbare Gesundheit vSeite 6

Fünftens:

Aufbruch in die lernende Gesellschaft Seite 7

Sechters:

Gerechtigkeit für Familien Seite 8

Siebtens:

Sicherheit für alle Bürger Seite 9

Achtens:

Zuwanderung begrenzen –
Integration fördern und fordern Seite 9

Neuntens:

verlässliche Politik im deutschen Interesse Seite 10

Deutschland braucht eine Politik, die den Anspruch hat zu gestalten, statt immernur Brände zu löschen; die den Mut hat, Wahrheiten auszusprechen, statt sie durch Lügen zu verdecken; die dem Einzelnen was zutraut und der Gemeinschaft Infrastruktur, Sozialleistungen und Schutz bietet. Es ist nicht Aufgabe des Staates, alle Lebenssachverhalte zu kontrollieren und durch Gesetze und Vorschriften zu regeln. Vielmehr müssen sich Bund, Länder und Kommunen wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Rot-Grün bleibt weit hinter diesen Ansprüchen zurück. Das Grundübel dieser Bundesregierung ist der sozialistische Denkansatz, dass der Staat alles besser kann und dem Einzelnen nichts zugetraut wird. Mit dem Satz des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag „weniger für den privaten Konsum - und dem Staat Geld geben“ wird die große Unterscheidungsline zwischen SPD auf der einen und der Union auf der anderen Seite überdeutlich. Wer Problemlösungen mit dieser Sichtweise angeht, kann die Probleme nicht lösen und wird zwangsläufig scheitern.

Und wer die „Lufthoheit über den Kinderbetten“ als Parole ausgibt, vertritt nicht nur Positionen, die von der CDU grundsätzlich abgelehnt werden, sondern spielt gleichzeitig auch in einer unverantwortlichen Weise mit dem Mandat, welches ihm die Menschen vor wenigen Wochen mit äußerst knapper Mehrheit gegeben haben.

Vertrauen in die Menschen, Werte als Kompass, Wettbewerb um die besten Ideen und Solidarität mit den Schwachen, das sind die Grundlagen des Handelns der CDU. Alle anstehenden Wahlen sind deshalb Richtungsentscheidungen für die Freiheit des Einzelnen und gegen die Bevormundung durch den Staat. Die CDU wird diese Richtungsentscheidung zur grundsätzlichen Auseinandersetzung des Jahres 2003 machen. Der verfehlten Regierungspolitik von Rot-Grün setzt die CDU Deutschlands ihr Programm entgegen. Wir stehen für einen

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **erstens:**
weniger Bürokratie und Öffnung
des Arbeitsmarktes

Eine wesentliche Ursache für die derzeitige wirtschaftliche Schwäche Deutschlands ist die im internationalen Vergleich zu hohe Regelungsdichte. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen tragen schwer an der Last gesetzlicher Normierungen. Deutschland braucht mehr Flexibilisierung und Deregulierung. Dazu gehört unter anderem:

- Wir brauchen eine tarifrechtliche Flankierung zur Erweiterung des Spielraums für

betriebliche Bündnisse für Arbeit. Der Betriebsrat muss mit dem Arbeitgeber Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung treffen und dabei auch von einem für das Unternehmen geltenden Tarifvertrag abweichen können. Den Tarifparteien muss zur Sicherung der Tarifautonomie ein begründetes Einspruchsrecht bleiben.

■ Zur Steigerung der Effizienz der Arbeitsvermittlung ist eine Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unerlässlich. Dabei müssen die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen kompensiert werden. Ziel ist eine flexible Förderung der Arbeitsuchenden aus einer Hand unter Nutzung der Kompetenz der Kommunen auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Die Nutzung der Kompetenz der Kommunen ist die beste Voraussetzung für die Umsetzung unseres Konzeptes „Fördern und Fordern auf dem Arbeitsmarkt“. Die CDU tritt dafür ein, den Ländern in dieser Hinsicht weitreichende Experimentiervollmachten einzuräumen.

■ Der Aufschwung Ost leidet in besonderer Weise unter den Folgen einer zu hohen Regulungsdichte. Die CDU hat konkrete Vorschläge vorgelegt, um durch zeitlich befristete Sonderregelungen in den einschlägigen Bundesgesetzen dem Aufschwung Ost neuen Schwung geben zu können. Solche Regelungen könnten auch für Gebiete im Westen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit Geltung finden.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **zweitens:** weniger Steuern, weniger Abgaben, weniger Staat

Im Zentrum unseres Programms steht das Ziel „3 mal 40“, also Senkung der Steuern. Senkung der Sozialabgaben und eine deutlich reduzierte Staatsquote. Diese Zielsetzung ist und bleibt der Schlüssel für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Bereits ein Prozent mehr Wirtschaftswachstum bringt Bund, Ländern und Gemeinden etwa 5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen und damit die Chance, arbeitsplatzschaffende Investitionen zu tätigen, die ihrerseits zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme beitragen.

Die Politik der amtierenden Regierungskoalition wird dieser Zielsetzung nicht gerecht. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden insgesamt 48 Steuererhöhungen in Höhe von fast 70 Milliarden Euro verabredet, die Abgabenlast wurde verschärft, die Neuverschuldung des Staates wurde weiter in die Höhe getrieben. Dagegen wirkt die von der SPD in Aussicht gestellte Entlastung des Mittelstandes um lediglich etwa 35 bis 60 Millionen Euro wie der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein, zumal die grundsätzliche Benachteiligung des Mittelstandes im Steuerrecht nach wie vor nicht beseitigt ist.

Die massiven Steuer- und Abgabenerhöhungen der rot-grünen Bundesregierung und die nicht enden wollende Diskussion um weitere Steuererhöhungen in den Reihen der SPD haben eine noch nie dagewesene Vertrauenskrise bei Verbrauchern und Investoren verursacht und die Binnenkräfte massiv geschwächt. Deutschland befindet sich inmitten einer Rezession, die durch massive Beschäftigungseinbrüche verschärft wird.

Die CDU lehnt den von Rot-Grün gewählten Weg höherer Steuern und höherer Sozialversicherungsbeiträge ab. Steuer- und Beitragserhöhungen sind keine problemlösenden Antworten auf die strukturellen, ökonomischen, demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die in diesem Jahrzehnt zu bewältigen sind; sie können grundlegende Strukturreformen nicht ersetzen. Steuer- und Beitragserhöhungen stärken den umverteilenden Staat, nicht aber die wesentlich effizienteren Lösungen, die umzusetzen der Einzelne oder kleine Einheiten viel besser in der Lage sind, sofern man ihnen die notwendigen Freiräume gewährt.

Jetzt geht es darum, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen und den Menschen neue Hoffnung zu geben. Dieser Aufgabe muss durch eine stetige und verlässliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik Rechnung getragen werden.

Die CDU steht für eine verlässliche Finanzpolitik mit Senkungen bei Steuern und Abgaben. Die Wirtschaft muss sich bei ihren Investitionsentscheidungen für einen Zeitrahmen von etwa fünf Jahren auf eine kalkulierbare Höhe der Besteuerung verlassen können; gleiches gilt für die privaten Planungen der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode eine Steuerreform durchsetzen mit einem Einkommenssteuersatz von unter 15 Prozent und einem Spitzensteuersatz von unter 40 Prozent. Ziel ist es, die Besteuerung einfacher mit niedrigeren Sätzen und weniger Ausnahmen zu gestalten. Steuersenkungen und mehr Eigenverantwortung müssen aus Gründen der sozialen Symmetrie in einem zeitlichen Zusammenhang gesehen werden. Ziel der Finanzpolitik muss es sein, die durch falsches Regierungshandeln unvermeidlich gewordene höhere Verschuldung schnellstmöglich zu korrigieren und die Weichen auf Wachstum zu stellen.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **drittens:** verlässliche Alterssicherung

Die als „Jahrhundert-Reform“ angekündigte Rentenreform von Rot-Grün ist nach weniger als zwei Jahren überholt. Trotz gestiegener Ökosteuer sind die Rentenbeiträge

ge weiter gestiegen. Es besteht dringender Reformbedarf.

Die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge durch Rot-Grün ist in hohem Maße schädlich für das wirtschaftliche Wachstum und die Einstellungschancen Arbeitsuchender.

Zur Gesundung der Rentenkassen muss möglichst rasch der Trend sinkender Beitragszeiten gestoppt und umgekehrt werden. Es muss erreicht werden, die effektive Lebensarbeitszeit um etwa drei Jahre länger werden zu lassen, ohne die gesetzliche Altersgrenze anzuheben. Dies kann zum einen durch eine Verkürzung überlanger Ausbildungszeiten in Schule und Hochschule erreicht werden, sodass junge Leute früher als bisher eine beitragspflichtige Berufstätigkeit ausüben können. Wir fordern, dass in ganz Deutschland das Abitur nach zwölfjähriger Schulzeit abgelegt werden kann. Zum anderen muss sich das tatsächliche Renteneintrittsalter wieder stärker dem gesetzlichen Rentenalter annähern. Deshalb tritt die CDU dafür ein, alle Anreize zur Frühverrentung konsequent zu beseitigen.

Darüber hinaus kann die gesetzliche Rentenversicherung nur dann sicher und generationengerecht bleiben, wenn sie wieder um einen demographischen Faktor ergänzt wird. Wir brauchen aber auch für die heute unter 40-Jährigen ein Altersversorgungs-

System, das eine kalkulierbare Grundlage für die Altersvorsorge darstellt. Die heute junge Generation darf nicht einseitig mit hohen Beiträgen belastet werden, ohne auf eine leistungsadäquate Rente im Alter vertrauen zu können.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **viertens:** bezahlbare Gesundheit

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung hat sich unter der rot-grünen Bundesregierung deutlich verschlechtert. Den Patienten werden zunehmend Leistungen und Arzneimittel verweigert und bestimmte Behandlungen nur nach längeren Wartezeiten angeboten. Die Zwei-Klassen-Medizin ist in Deutschland bittere Realität geworden.

Die CDU hält an dem Grundsatz fest, dass das, was medizinisch notwendig ist, auch künftig tatsächlich geleistet werden muss.

Ziel der CDU ist es, durch mehr Wettbewerb die Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen zu verbessern. Nur mit Rationalisierung lassen sich die hier anstehenden Probleme nicht lösen. Notwendig ist eine Konzeption, die verhindert, dass Ratio-

nalisierung in eine unsoziale Rationierung von Gesundheitsleistungen umschlägt. Elemente einer solchen Konzeption sind:

- Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung. Wer sich gesundheitsbewusst verhält, wer vorsorgt und wer regelmäßig an ärztlichen Maßnahmen teilnimmt, muss im Rahmen eines Bonus-Systems belohnt werden.
- Die Verwaltungskosten der Krankenkassen sind innerhalb von vier Jahren um 15 Prozent gestiegen. Die Bürokratisierung und Regelungswut der rot-grünen Bundesregierung haben maßgeblich dazu beigetragen. Eine gründliche Überarbeitung und Vereinfachung ist notwendig.
- Erforderlich ist mehr Transparenz im Gesundheitswesen. Dies kann erreicht werden, indem der Patient über die erbrachten Leistungen einen Kostennachweis erhält. Auch sollte im ambulanten Bereich wahlweise das Kostenerstattungsprinzip statt des Sachleistungsprinzips von den Versicherungen angeboten werden können.
- Die Versicherten müssen mehr Entscheidungsfreiheit über die Konditionen ihrer Versicherung erhalten. Sie müssen auch wählen können zwischen einem großen Leistungsumfang mit entsprechender Beitragshöhe oder einem geringeren Kassenbeitrag mit Selbstbehalt.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **fünftens:** Aufbruch in die lernende Gesellschaft

Die Intelligenz unserer Kinder und die gute Ausbildung der Arbeitnehmer sind der einzige Rohstoff, über den wir in Deutschland verfügen. Nach verschiedenen Studien gibt es erhebliche Unterschiede in den einzelnen Bundesländern. Es zeigt sich, dass in unionsregierten Ländern die Schülerinnen und Schülern deutlich besser abschneiden. Deshalb müssen wir unser Bildungssystem so weiterentwickeln, dass es auf allen Ebenen höchste Qualität in Europa bietet. Wir wenden uns gegen jeden Versuch aus ideologischen Gründen, Leistung und eine wertorientierte Erziehung zu diffamieren. Das bildungspolitische Leitbild der CDU ist die lernende Gesellschaft.

Das Leitbild der lernenden Gesellschaft führt zu weitreichenden Konsequenzen für das gesamte Bildungswesen. Erstausbildungsgänge können von unnötigen Spezialisierungen entschlackt und verkürzt werden. Weiterbildungsangebote müssen verstärkt berufs begleitend eingerichtet und nach den unterschiedlichen beruflichen Erfordernissen ausdifferenziert werden. Auch die Hochschulen müssen verstärkt Angebote zur Wei-

terbildung entwickeln. Die CDU fordert die Schaffung einer „Stiftung Bildungstest“, die für Transparenz, Qualität und Verbraucherschutz in der Weiterbildung sorgt.

Die CDU tritt ein für mehr Wettbewerb und Leistungsvergleich zwischen den Schulen aller Schulformen. Sie sollen ein jeweils eigenes Profil ausbilden können, indem ihnen die Budget-, Personal- und Organisationshoheit übertragen wird. Ganztagsangebote und Ganztagschulen sollen schrittweise und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Hochschulen müssen künftig stärker wettbewerbsorientiert arbeiten. Sie stehen im internationalen Wettbewerb und müssen größere Gestaltungsspielräume für Forschung und Lehre erhalten. Das Hochschuldienstrecht muss leistungsorientierter gestaltet werden. Das Abitur soll die grundsätzlich notwendige Voraussetzung für den Hochschulzugang bleiben. Die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen soll abgeschafft und durch leistungsorientierte Zulassungsverfahren an den Hochschulen selbst ersetzt werden.

Ein grundsätzliches Verbot von Studiengebühren lehnt die CDU ab; für Langzeitstudenten müssen solche Gebühren bundesweit eingeführt werden. Darüber hinaus wollen wir Modelle entwickeln, durch die BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen,

leistungsabhängige Stipendien und Gebühren sinnvoll kombiniert werden.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **sechstens:** Gerechtigkeit für Familien

Deutschland darf sich nicht weiter zu einem kinderarmen Land entwickeln. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber aufgetragen, bis zum Jahr 2002 eine durchgreifende Verbesserung der Familienförderung umzusetzen. Die rot-grüne Bundesregierung ist dieser Pflicht bisher nicht nachgekommen; sie läßt auch nicht erkennen, dass Familien mit Kindern in absehbarer Zeit eine spürbare Verbesserung ihrer finanziellen Situation erwarten können.

Die CDU wird deshalb in dieser Legislaturperiode eine parlamentarische Initiative starten mit dem Ziel, eine neue Familiengerechtigkeit beim Umbau von Steuern und sozialen Sicherungssystemen zu erreichen. Am Konzept des Familiengeldes halten wir langfristig als Voraussetzung für mehr Wahlfreiheit fest.

Wir treten ein für eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur für Familien, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, damit Eltern Familie und Beruf besser miteinander

vereinbaren können. Alle Grundschüler sollen mindestens halbtägig an ihrer Schule bleiben können, auch bei Unterrichtsausfall. Neben Betreuungsangeboten an Schulen unterstützt die CDU auch andere Formen der Betreuung, z.B. Krippenplätze, Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter sowie Kindergärten und Horte freier Träger mit flexiblen Öffnungszeiten. Wenn Kinderbetreuung mehr sein soll als uniforme Kinderverwahrung, brauchen wir ein reichhaltiges Angebot vielfältiger pädagogischer Konzepte.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **siebten**: Sicherheit für alle Bürger

Die Bürger haben Anspruch auf einen Staat, der dem Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus hohe Priorität einräumt und der stark genug ist, seine Bürger umfassend und wirkungsvoll zu schützen sowie die Bündnisfähigkeit Deutschlands sicherstellt.

Neue Formen des international operierenden Terrorismus lösen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend auf. Dies muss zur Folge haben, dass die herkömmliche Organisation der Zuständigkeiten und des Zusammenwirkens von Polizei, Bundesgrenzschutz, Generalbundesanwalt, Verfassungsschutz, Bundes-

nachrichtendienst und der Bundeswehr angesichts der veränderten Bedrohungslage neu gestaltet und damit auf neue Sicherheitsanforderungen hin orientiert wird. Die Strukturen des Zivil- und Katastrophenschutzes sind grundlegend zu überarbeiten.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **achtens**: Zuwanderung begrenzen – Integration fördern und fordern

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass das rot-grüne Zuwanderungsgesetz verfassungswidrig und damit nichtig ist. Rot-Grün kann sein unzureichendes Zuwanderungsgesetz gegen die Union nicht durchsetzen.

Die CDU bietet der Bundesregierung bei der gesetzlichen Neuregelung der Zuwanderung nach Deutschland ihre konstruktive Kooperation an. Dabei gelten für die CDU folgende Kernforderungen:

- Das neue Gesetz muss die Zuwanderung wirksam begrenzen.
- Die Zuwanderung in die Sozialsysteme muss reduziert werden. Dem Mißbrauch des Asylrechts ist konsequent entgegenzuwirken.

- Zuwanderung kann es nur für Fachkräfte geben, die am deutschen Arbeitsmarkt nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.
- Integration der hier lebenden Ausländer hat Vorrang vor weiterer Zuwanderung. Das neue Gesetz muss diese Integration fördern und fordern.
- Im Interesse der Kinder ausländischer Zuwanderer muss das Nachzugsalter deutlich herabgesetzt werden.
- Illegale Zuwanderer dürfen kein Dauer-aufenthaltsrecht durch Zeitablauf erhalten.
- Rechtskräftig verurteilte ausländische Straftäter müssen auch gegen ihren Willen zur Strafverbüßung in ihr Heimatland überstellt werden können.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt **neuntens**: verlässliche Politik im deutschen Interesse

Die CDU begrüßt, dass mit der Aufnahme zehn weiterer Staaten die Europäische Union nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1989 eine neue, auf Freiheit,

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegryndete Gestalt gewinnt. Damit verwirklicht sich nicht zuletzt für uns eine historische Chance auf Frieden, Sicherheit, Stabilität und dauerhaft gute Nachbarschaft. Deutschland verdankt seine Einheit auch dem Freiheitswillen der Länder, die jetzt beitreten.

Die Erweiterung wird alte und neue Mitglieder in besonderer Weise fordern. Daneben muss der Prozess der Vertiefung voran gebracht werden, damit die erweiterte Union handlungsfähig, demokratisch und transparent wird. Wir wollen im Konvent durchsetzen, dass bis zur Jahresmitte 2003 ein Entwurf für einen Verfassungsvertrag erarbeitet wird.

Zu einer handlungsfähigen politischen Einheit wird die Europäische Union nur auf der Grundlage gemeinsamer Werte und geschichtlich gewachsener Identität. Deshalb muss vor allen Erwägungen über eine Aufnahme weiterer Staaten in die Europäische Union geklärt werden, wo die geographischen, politischen und kulturellen Grenzen der Europäischen Union liegen. Für Länder, wie die Türkei, die nach Geschichte und Geographie nur teilweise zu Europa gehört, sollte das Angebot einer privilegierten Partnerschaft ausgearbeitet werden. Die Türkei ist ein befreundetes Land und seit langem ein zuverlässiger Bündnispartner. Seine geopolitische Lage, sein Modell eines laizistischen Islam und seine demokratischen Reforman-

strengungen machen sie zu einem höchst wichtigen Partner in der NATO. Wir halten aber den Beschluss von Helsinki, der Türkei den Kandidatenstatus zu verleihen, weiterhin für einen Fehler. Eine Vollmitgliedschaft wird die für das Ziel einer wirklichen politischen Union notwendige Integrationskraft überfordern.

Mit der Resolution 1441 vom 8. November 2002 hat der UN-Sicherheitsrat dem irakischen Diktator Saddam Hussein eine letzte Chance eingeräumt, die Massenvernichtungswaffen des Irak offen zu legen und abzurüsten. Die Bundesregierung hat unser Land durch ihre Totalverweigerung in eine ernsthafte internationale Isolierung geführt mit allen schwierigen Folgen für das Ansehen Deutschlands in der Welt und den daraus sich ergebenden negativen wirtschaftlichen Konsequenzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im deutschen Interesse auf „Sonderwege“ zu verzichten und sich wieder auf eine gemeinsame Politik mit den europäischen Partnern, den USA und der Weltgemeinschaft zu verständigen.

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist in der Verbindung mit internationalem Terrorismus und asymmetrischer Kriegsführung die größte Gefahr für Frieden und Sicherheit weltweit und auch für uns. Deshalb müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern und auch mit der in-

ternationalen Völkergemeinschaft alle Bemühungen unterstützen, die Nichtverbreitungspolitik durchzusetzen. Je geschlossener und entschlossener dies geschieht, umso eher kann die Gefahr gewalttätiger Eskalation vermieden werden. Um Krieg zu verhindern und Frieden und Sicherheit zu bewahren, bleiben Vorsorge und Entschlossenheit der verlässliche Weg. Deshalb darf sich Deutschland nicht isolieren, sondern muss zu den notwendigen gemeinsamen Anstrengungen seinen Beitrag verlässlich leisten.

KURSWECHSEL FÜR DEUTSCHLAND

Das heißt: CDU **stark** machen

Wer von den Bürgern ein Regierungsmandat erhält, steht ihnen gegenüber in der Pflicht. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Zukunft unseres Landes. Die CDU steht für ein zukunftsfestes Politikangebot in Bund, Ländern und Gemeinden. Wir entwickeln die Soziale Marktwirtschaft weiter und verfügen somit über das Gegenkonzept zur SPD, die mit Staatsgläubigkeit und Zentralismus versucht, unser Land zu lenken.

Die starke Rolle der CDU im Bundesrat gibt uns die Möglichkeit, über die Gesetzgebung von Rot-Grün zu wachen und eigene Konzepte einzubringen. Deshalb gilt: Je stärker die CDU – desto besser für Deutschland.

Der Bundesvorstand der CDU unterstützt die Landesverbände Hessen und Niedersachsen mit Roland Koch und Christian Wulff an der Spitze im Landtagswahlkampf. Mit zwei Siegen bei den anstehenden Wahlen wollen wir die Auseinandersetzung mit der SPD um den richtigen Kurs für Deutsch-

land gestärkt fortsetzen. Insofern sind die Landtagswahlen auch eine Volksabstimmung für eine politische Umkehr in Berlin. Die Menschen in Hessen und Niedersachsen haben die Möglichkeit, die CDU bei ihrem Kampf für einen Kurswechsel für Deutschland zu unterstützen.